

Das Projekt Smart Integration wird von der Europäischen Union aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG Polen – Sachsen 2014-2020 finanziert.

Projekt Smart Integration jest współfinansowany przez Unię Europejską ze środków Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego w ramach Programu Współpracy INTERREG Polska – Saksonia 2014-2020

PROJEKT
Smart Integration

2. Expertenwerkstatt Daseinsvorsorge



Am 25.10.2018 fand auf Einladung des Marschallamtes der Woiwodschaft Niederschlesien die 2. Expertenwerkstatt Daseinsvorsorge (insb. Medizinisches Rettungswesen) statt. An dem Treffen im polnischen Dobków nahmen neben dem Marschallamt Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, des Landkreises Görlitz, der Stiftung „Die Leute vom Herbst“ sowie Vertreter der Rettungsstationen Legnica, Wrocław und Jelenia Góra teil.

Die Veranstaltung knüpfte an die [1. Expertenwerkstatt](#) in Hoyerswerda an und diente insbesondere der Vermittlung von Aufbau und Funktionsweise des medizinischen Rettungswesens in der Woiwodschaft Niederschlesien.

So berichtete *Urszula Kielar* über ein Pilotprojekt, welches die Stiftung „Die Leute vom Herbst“ in Zusammenarbeit mit der Rettungsstation Jelenia Góra durchführt. Im Zentrum des Vorhabens steht ein „Lebensarmband“, welches noch vor Erreichen des Einsatzortes Patientendaten wie Vorerkrankungen, Medikamenteneinnahme oder Allergien an das Rettungsteam überträgt und somit

Das Projekt Smart Integration wird von der Europäischen Union aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG Polen – Sachsen 2014-2020 finanziert.

Projekt Smart Integration jest współfinansowany przez Unię Europejską ze środków Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego w ramach Programu Współpracy INTERREG Polska – Saksonia 2014-2020

eine Unterstützung für die Arbeit der Rettungskräfte sein kann. Laut *Urszula Kielar* befindet sich das Projekt noch in der Anfangsphase, jedoch zeichnet sich schon ab, dass das Armband von allen Altersgruppen gut angenommen wird.

Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete *Bartosz Komada* von der Rettungsstation Jelenia Góra über Erfahrungen im medizinischen Rettungswesen an der polnisch-tschechischen Grenze. Hier gibt es seit vielen Jahren einen intensiven Austausch unter anderem im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Euroregion Neiße. Auch wurden bereits einige gemeinsame Projekte durchgeführt, welche überwiegend nicht-investive Maßnahmen wie gemeinsame Übungen zum Inhalt hatten. Nun strebt man an, dass diese Zusammenarbeit zu verbindlichen, grenzübergreifenden Standards im medizinischen Rettungsdienst im polnisch-tschechischen Grenzgebiet führt.

Im Anschluss an diese Ausführungen stellte *Martyna Kubica* von der Rettungsstation Wrocław das Aufgabenspektrum polnischer Rettungsstationen vor. Für die sächsischen Teilnehmer war es hierbei besonders interessant zu erfahren, dass polnische Rettungsstationen neben ihrer Tätigkeit im Rettungsdienst auch umfangreiche Bildungs- und Informationskampagnen für die Bevölkerung durchführen. Begründet liegt dies u.a. auch darin, dass Rettungsdienst in Polen eine zentralstaatliche Aufgabe ist. Die Trägerschaft für den Rettungsdienst liegt im Freistaat Sachsen bei den Landkreisen, kreisfreien Städten oder Rettungszweckverbänden, die wiederum die Durchführung rettungsdienstlicher Leistungen auf Grundlage öffentlich-rechtlicher Verträge an Dritte vergeben.

Der letzte Teil des Treffens diente der Besprechung des weiteren Vorgehens im Rahmen der Expertenwerkstatt Daseinsvorsorge. Das nächste Treffen wird voraussichtlich im März 2019 stattfinden, dann wiederum im sächsischen Teil des Fördergebietes.

Ziel der insgesamt vier Expertenwerkstätten ist es, gemeinsam an der Umsetzung der vorhandenen rechtlichen Grundlagen sowie den organisatorischen Abläufen grenzüberschreitender Einsätze des Rettungsdienstes im sächsisch-polnischen Grenzgebiet zu arbeiten. Im Einzelfall könnte ein grenzübergreifender Einsatz für ein schnelleres Eintreffen oder eine Erhöhung der Zahl der Einsatzkräfte am Unfallort sorgen.